

# Reichskonkordat und Ende der Zentrumspartei

ROBERT LEIBER SJ

Rudolf Morsey hat in seiner Forschungsarbeit über das Ende der Zentrumspartei<sup>1</sup>, die man mit gespannter Aufmerksamkeit liest, natürlich auch ausführlich die Frage: Reichskonkordat und Ende der Zentrumspartei berücksichtigt. Was er darüber bringt, verlangt aber, wie uns scheint, besprochen und ergänzt zu werden.

1. Morsey glaubt mehrmals kritisch darauf hinweisen zu sollen, wie sehr die Parteiführung des Zentrums, wenn sie eine Koalition mit der SPD ablehnte, unter dem Druck des Vatikans gestanden habe. Es begann schon im Jahre 1925. „Aufschlußreich“, so heißt es (284<sup>8</sup>), „ist eine 7 Seiten umfassende Denkschrift, die Marx am 17. Juli 1925 auf Grund einer vorhergegangenen Audienz Papst Pius XI. übermittelte, in der die auf Grund der innerdeutschen parlamentarischen Verhältnisse zeitweilig notwendige Zusammenarbeit des Zentrums mit der SPD erläutert wurde.“ Man kann es Pius XI. nicht verübeln, wenn er die Gelegenheit einer Aussprache mit Wilhelm Marx benützte, um seine Fragen und Bedenken in Sachen der „Weimarer Koalition“ zu äußern. Wir finden es jedenfalls als ein gutes Ergebnis der Audienz, die Marx bei Pius XI. hatte, daß er dem Papst die Gründe und Umstände des Zusammengehens jener beiden Parteien darlegen konnte. Wer hätte sich dafür mehr geeignet als Wilhelm Marx? Er war Reichskanzler gewesen und sollte es wieder sein; er war damals und noch jahrelang, bis 1928, der Führer der Zentrumspartei; er hatte für Bedenken vom Standpunkt der Religion und Kultur gegen Koalitionen mit weltanschaulichen Gegnern ein gutes Auge.

Nun war der sozialistische Staatsmann Otto Braun von November 1925 bis Juli 1932 mit kurzer Unterbrechung Preußischer Ministerpräsident; mit ihm hat der Apostolische Nuntius Eugen Pacelli das preußische Konkordat vereinbart, das von der „Weimarer Koalition“ des Preußischen Landtags angenommen wurde. Es ist richtig, daß Otto Braun seiner Partei heftig zusetzen mußte, bis sie sich mit dem Konkordat abfand. Sie tat es schließlich, und Pius XII. bewahrte als Kardinalstaatssekretär und Papst Otto Braun immer ein anerkennendes Gedenken. Wir weisen darauf hin, weil uns befremdlich klingt, was Seite 301 folgt: „Brünings Bemühen, die für ihn zu diesem Zeitpunkt unentbehrliche Regierungskoalition in Preußen aufrechtzuerhalten, fand im Vatikan wenig Gegenliebe. Es fiel dem Reichskanzler in einer Audienz bei Pius XI. am 8. August 1931 nicht leicht, den von Kardinal Pacelli beratenen Papst davon zu überzeugen, daß er, Brüning, „nichts zulassen werde, was dem Katholizismus durch die Verbindung mit der SPD in Preußen scha-

<sup>1</sup> Rudolf Morsey, *Die Deutsche Zentrumspartei*, Düsseldorf 1960, Droste Verlag. Auf dieses Werk beziehen sich unsere Seitenangaben. Vgl. diese Zschr. 166 (1959/60) 423<sup>5</sup>.



den könnte.“ Kardinalstaatssekretär Pacelli war es sicher nicht, der Pius XI. wegen der damaligen Preußen-Koalition bedenklich machte. Es waren andere, deutsche Kreise — wir denken besonders an eine bestimmte Persönlichkeit —, die den Papst zu beunruhigen suchten. Sie mögen auch ihre Stütze im Vatikan gehabt haben. Aber nicht bei Kardinal Pacelli. Er kannte die Möglichkeiten, die sich dem deutschen katholischen Staatsmann oder einer Partei wie dem Zentrum damals boten, und die Zwangslagen, in denen sie standen, aus unmittelbarer und langjähriger Erfahrung. Sodann darf man die Dinge auch nicht dramatisieren. Prälat Kaas hat für die Zentrumsführung seit 1928 keine Weisungen aus dem Vatikan erhalten, mögen „römische Gewährsmänner“ gesagt haben, was sie wollen.

2. Prälat Kaas beschäftigte schon November 1931, wo er sich mit seiner Partei rückhaltlos hinter das Kabinett Brüning stellte, der Gedanke einer „Volks-Sammlung“ von der Führung her, von rechts und links, zu einem „auf Zeit begrenzten Zweckhandeln“. Der Sammlungsgedanke blieb seine leitende Idee bis zu Hitlers Machtergreifung, und er schloß auch die Möglichkeit eines Zusammengehens mit dem Nationalsozialismus ein, schon um die ansteigende Flut dieser Bewegung irgendwie zu lenken und in die Verantwortung einzuspannen. Kaas fand dafür, und mit Recht, viel Verständnis in seiner Partei, wie sehr ein Versuch jener Art wohl schon damals die Kräfte des Zentrums überstiegen hätte. Stammte jedoch die Anregung zu einem Zusammengehen mit dem Nationalsozialismus von Kardinalstaatssekretär Pacelli? Es liegt (302<sup>23</sup>) eine Äußerung Pius XI. vor, die der Papst in einer Unterhaltung mit dem Bayerischen Gesandten beim Heiligen Stuhl, Baron Ritter zu Groenesteyn, tat: „Von den Nationalsozialisten“, schreibt der Baron, „meinte der Papst, daß sie, wenn sie nicht als *Feinde der Kirche* angesehen werden wollten, den groben Fehler begangen hätten, sich nicht mit den Bischöfen Deutschlands zu verständigen, als diese sich gezwungen sahen, wegen der weitverbreiteten *kirchenfeindlichen Grundsätze der Partei* die Gläubigen vor ihr zu warnen. Der Verdacht ihrer Kirchenfeindlichkeit bestehe somit weiter und es werde daher den kirchenfreundlichen Parteien wie gegenüber der sozialdemokratischen Partei, so auch gegenüber der nationalsozialistischen Partei sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werden, mit ihr eine Koalition zu schließen. Eine Zusammenarbeit ließe sich vielleicht nur vorübergehend für bestimmte Zwecke ermöglichen, um dadurch ein noch größeres Übel zu verhindern.“ Diese Bemerkung des Papstes, meint Morsey, verdeutliche „die bekannte enge freundschaftliche Bindung und gegenseitige Abhängigkeit von Kaas und Kardinalstaatssekretär Pacelli“. Die Beurteilung des Nationalsozialismus vom religiös-kirchlichen Standpunkt durch Pius XI. war sehr sachlich. Es mag auch sein, daß Prälat Kaas sich zu Kardinal Pacelli über die Frage, wie man die nationalsozialistische Bewegung einfangen könnte, geäußert hat, schriftlich — oder mündlich in Rorschach, wo der Kardinal jeweils seinen Ferienmonat verbrachte. Aber da schon von enger Bindung und gegenseitiger Abhängigkeit zu spre-



chen, geht wirklich zu weit. Eines ist sicher: Als Kardinalstaatssekretär Pacelli die Machtergreifung Hitlers am 30. Januar 1933 erfuhr, äußerte er sofort und unwillkürlich: Das ist eine schwerwiegende Sache. Das ist verhängnisvoller, als es ein Sieg der sozialistischen Linken gewesen wäre. — Mit dieser Äußerung stehen wir nicht mehr auf dem Boden unbestimmter Vermutungen.

3. Am 9. März 1933 traf Kardinal Erzbischof Faulhaber von München zu seinem Ad-limina-Besuch in Rom ein. An diesen Rombesuch knüpfte die Presse wieder unbestimmte Vermutungen an, aus denen der „Berliner Börsen-Courier“ folgerte, „daß im Einverständnis mit dem Vatikan zwischen Hitler und dem Zentrum Frieden geschlossen werde“ (357<sup>28</sup>). Sicher wird Kardinal Faulhaber im Vatikan auch von der jüngsten Entwicklung in Deutschland gesprochen haben. Vom 23. März, dem Tag des Ermächtigungsgesetzes, lag sein Rombesuch jedoch zeitlich noch zu weit ab. Allen Zeitungspekulationen begegnet aber die ausdrückliche Erklärung des Kardinalstaatssekretärs Pacelli aus jenen Tagen: Er habe sich aus der Entwicklung der Dinge in Deutschland vollständig herausgehalten und sogar den Schein vermieden, als wolle er sie irgendwie beeinflussen. Die Zentrumspartei müsse selbst finden, wie sie sich zu entscheiden habe.

Auch was sich sonst noch an Vermutungen anhäufen läßt, als ob das Ja der Zentrumspartei zum Ermächtigungsgesetz unter vatikanischem Druck gegeben worden sei (363<sup>59</sup>), ist nicht beweiskräftig gegenüber der eben angeführten Erklärung. Von einem Reichskonkordat mag seit der Machtergreifung die Rede in Berlin gewesen sein; sie war es aber nicht in Rom. Dem Vatikanbotschafter Diego von Bergen, diesem Rom, seine Geschichte und Kunst liebenden, liberalen Mann, dessen Denken und Empfinden dem Nationalsozialismus im Grund vollkommen fremd war, der freilich auch zur katholischen Kirche nie ein inneres Verhältnis gewann und dem das Reichskonkordat viel zu weitgehende Zugeständnisse an die Kirche machte — Herrn von Bergen war von allem Anfang an daran gelegen, daß sich das Verhältnis zwischen den neuen Machthabern in Deutschland und dem Heiligen Stuhl friedlich gestalte. Aus den Gesprächen mit Kardinalstaatssekretär Pacelli muß er von der Sorge gewußt haben, die sich der Kardinal um den Bestand der von ihm selbst unterzeichneten drei deutschen Länderkonkordate machte. Daher sein Vorschlag für die Kanzlerrede zum Ermächtigungsgesetz. Daß Kardinal Pacelli sich nachher, am 25. März, Botschaftsrat Klee gegenüber durch die Ausführungen Hitlers „über Beziehungen zwischen Heiligem Stuhl und Respektierung der Länderverträge mit christlichen Konfessionen“ beeindruckt zeigte, gehörte zum diplomatischen Anstand, wird aber auch in sich richtig sein. Es handelte sich um eine für den Heiligen Stuhl sehr wertvolle Bindung, die Hitler von sich aus mit jener Erklärung eingegangen war. „Der vatikanische Korrespondent *Edmund Frhr. Raitz von Frentz* sah in Hitlers Reichstagsrede den ersten Auftakt zum Reichskonkordat“ (in einem Artikel in der Kölnischen Volkszeitung vom 22. Juli



1933, also rückschauend, nach Abschluß des Reichskonkordats). Das ist natürlich kein Beleg für das, was März 1933 im Vatikan vor sich ging. Übrigens war Raitz von Frentz nicht spezifisch „vaticanischer“, sondern „römischer“ Korrespondent seiner Zeitung. Die Behauptung in Goebbels' Blatt „Der Angriff“ vom 20. Juli 1937, also aus der Zeit des erbittertsten Kirchenkampfes, das Zentrum habe unter Führung von Kaas seine Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz abhängig gemacht von der Bereitschaft der Reichsregierung, „über ein Konkordat mit dem Heiligen Stuhl zu verhandeln“, ist nicht nur „bisher nicht beweisbar“, sondern kann ruhig als falsch zurückgewiesen werden. Jedenfalls hat der Heilige Stuhl eine derartige Bedingung nicht veranlaßt.

Die angeführte Anmerkung macht noch aufmerksam auf den „gewichtigen Satz des SVD-Paters Wilhelm Schmidt, Kaas habe in dieser ‚Stunde der Entscheidung‘ (23. März 1933) unter ‚stärkerem geistlichen Einfluß‘ gestanden“. Die Bemerkung des in der Völkerkunde berühmten Gelehrten scheint uns nicht so „gewichtig“ zu sein. Wilhelm Schmidt bringt sie ohne irgendeine nähere Angabe oder Begründung als eine Art Pauschalangabe oder Pauschalvermutung in einer ganz kurzen und summarischen Übersicht über die damaligen Ereignisse in dem Kapitel, in dem er ausführt, wie Deutschland mit dem Obsiegen des Nationalsozialismus aus der europäischen Kultur ausgeschieden sei<sup>2</sup>. Wenn Pater Wilhelm Schmidt seine Angabe von Prälat Kaas selbst hätte, wovon wir aber nichts hören, dann wäre sie zweifellos „gewichtig“, aber, wie uns scheint, ebenso dunkel und befremdend. Kaas war sonst nicht der Mann, der sich leicht beeinflussen ließ. Er stand vor dem 23. März vor einer Entscheidung, wie sie folgenschwere dem Zentrum sicher nie gestellt worden war. Sollte er da die Reichstagsfraktion seiner Partei zum Ja gedrängt haben unter dem Druck von außen? Das Zentrum hat in weniger wichtigen Fällen seine Selbständigkeit gegenüber fremden Einflüssen, auch solchen von geistlicher Seite, zu wahren gewußt. Wäre es überhaupt sittlich zu verantworten gewesen, sich in einem Fall von höchster Tragweite, wie es das Ja oder Nein zum Ermächtigungsgesetz war, gegen die eigene bessere Einsicht von außen bestimmen zu lassen? Kardinalstaatssekretär Pacelli war jedenfalls, wie wir schon sagten, der Meinung, die Partei müsse selbst finden, wie sie zu entscheiden habe. Von seiner Seite kam also der „stärkere geistliche Einfluß“ sicher nicht.

4. Dem Ja der Zentrumsfraktion des Reichstags folgte schon fünf Tage später, am 28. März, die Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz: mit Rücksicht auf die dem christlichen Bekenntnis gerecht werdenden Erklärungen des Führers seien die früher erlassenen „Allgemeinen Verbote und Warnungen“ gegenüber dem Nationalsozialismus zurückgenommen. Daß das Ja des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz und die Erklärung der Fuldaer Bischofskonferenz eine sehr starke Wirkung auf die deutschen Katholiken

<sup>2</sup> Gegenwart und Zukunft des Abendlandes = *Dritter Band von Rassen und Völker in Vorgeschichte und Geschichte des Abendlandes*, Luzern 1949, 34.



hatten, steht außer Zweifel. Wir wiederholen aber (gegen 369<sup>17</sup>), daß Kardinal Pacelli von der Erklärung der Bischöfe „buchstäblich aus der Presse überrascht worden ist“. Seine unmittelbare Reaktion: Warum mußten die Bischöfe der Regierung so schnell entgegenkommen? Wenn schon, konnten sie dann nicht gut noch einen Monat auf sich warten lassen? — Der Besuch des Herrn von Papen bei Kardinal Bertram in Breslau am 18. März, sogar noch fünf Tage vor der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz, beweist doch nicht, daß die Erklärung der Bischöfe nach Fühlungnahme mit dem Heiligen Stuhl geschehen ist. Übrigens wird eine spätere Forschung über die Umstände, unter denen sie zustandekam, unserer Darstellung recht geben.

Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 hatte starke Einbrüche der NSDAP in die Reihen des Zentrums ergeben. Hitler hat sich allerdings keine Illusionen darüber gemacht, daß er weitere Einbrüche in die Wählerschaft des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei nur dann werde erringen können, wenn, wie er sich nach dem 5. März angeblich äußerte, die „Kurie die beiden Parteien fallen lasse“ (354<sup>9</sup>). Mit dem Ja zum Ermächtigungsgesetz war Hitlers Sorge überholt. Jetzt bedurfte er einer Schützenhilfe von Seite des Vatikans ganz gewiß nicht mehr.

Am 7. April erfolgte die „Reise des Prälaten Kaas in den Vatikan“ (371<sup>24</sup> u. 25). Wir wollen genau sein: es erfolgte seine Abreise nach Rom. Der Prälat war nicht gerufen worden. Er stieg auch nicht im Vatikan ab, sondern nahm Wohnung bei den Grauen Schwestern in Via Olmata 9. In den Vatikan siedelte er erst dreieinhalb Jahre später über, nachdem er am 20. August 1936 zum Verwalter von St. Peter ernannt worden war<sup>3</sup>. Auch das Telegramm, mit dem Prälat Kaas Hitler zu seinem 44. Geburtstag am 20. April aus Rom, nicht aus dem Vatikan, beglückwünschte, war seine persönliche Angelegenheit. Es lag freilich auf der Linie des Ja zum Ermächtigungsgesetz und alles dessen, was wir aus dem Tagebuch des Prälaten über die vorausgehenden Wochen erfahren (378 f.)<sup>4</sup>.

Der Schreiber dieser Zeilen hatte in den ersten Tagen des Romaufenthalts von Prälat Kaas Gelegenheit, mit ihm zu sprechen. Er fragte Kaas: War es denn überhaupt sittlich erlaubt, das Ja zum Ermächtigungsgesetz zu geben? Kaas antwortete ruhig, mit etwas müdem Ausdruck: Ja, diese Frage ist auch von anderen gestellt worden. Aber was wollen Sie — die meisten waren von vornherein darauf eingestellt, mit Ja zu stimmen. Hätte man die Abstimmung freigegeben, so hätten vielleicht drei bis vier mit Nein gestimmt. — In Wirklichkeit lag die Zahl der zum Nein Entschlossenen doch höher (364 f.).

„Um Ostern waren Wirth und andere, namentlich nicht festzustellende Zentrumspolitiker in Rom, um sich für einen vertraglichen Abschluß mit dem Reich einzusetzen“ (374<sup>44</sup>). Um Mißverständnissen vorzubeugen: Es han-

<sup>3</sup> Von der Verwaltung von S. Elisabetta, via Olmata 9, wird dem Verfasser ausdrücklich bestätigt, daß Prälat Kaas seine Wohnung dortselbst bis 1936 innegehabt habe.

<sup>4</sup> Ludwig Kaas f., Tagebuch 7.—20. April 1933. Aus dem Nachlaß von Prälat Ludwig Kaas. Herausgegeben von Rudolf Morsey. Vgl. diese Zschr. 166 (1959/60) 422—430.



delte sich nicht um einen formellen Schritt von Zentrumspolitikern, sondern um eine vertrauliche Erörterung der Lage in der Heimat. Dr. Joseph Wirth war sicher anwesend, und Morsey bringt auch (379) den Beleg dafür, daß er sich damals in Rom aufhielt. An die anderen Anwesenden können wir uns nicht mehr erinnern. Prälat Kaas war jedenfalls nicht dabei. Im Verlauf des Gesprächs wurde darauf hingewiesen, daß die bisherigen Sicherungen für die katholischen Belange in Deutschland fraglich geworden seien. Jetzt müsse der Hl. Stuhl sich für sie einsetzen. Wir „römischen“ Gesprächspartner bemerkten dazu, man solle sich aber klar darüber sein, daß der einzige Weg, auf dem der Hl. Stuhl etwas tun könne, der Weg von Verhandlungen sei.

5. Zur selben Zeit, am Karsamstag, 15. April, übermittelte Herr von Papen dem Hl. Stuhl das Anerbieten der Regierung, ein Reichskonkordat abzuschließen. Den Anstoß zum Reichskonkordat (363<sup>9</sup>; 397—399) gab die Regierung, nicht der Hl. Stuhl<sup>5</sup>. Niemand im Vatikan wäre in jenen Monaten höchster Unklarheit, wie sich die Lage der Kirche in Deutschland unter den neuen Machthabern gestalten werde, der Gedanke gekommen, gleich mit dem Plan eines Reichskonkordats an sie heranzutreten. Jetzt, wo sie es von sich aus taten, wurde in kürzester Frist von Kardinalstaatssekretär Pacelli der Gegenseite ein Konkordatstext vorgelegt, in dem die zu sichernden katholischen Belange einschließlich der katholischen Schule verankert waren. Und was man nicht erwartet hätte: Berlin nahm den vorgeschlagenen Text fast kampflos an. Auch dies läßt sich nur erklären aus dem Umstand, daß die Hitler-Regierung es war, die ein Reichskonkordat angeregt hatte und es unbedingt zum Abschluß bringen wollte. Daß sie damit politische Ziele verfolgte, war jedermann einleuchtend.

Es ist gefragt worden, warum der Hl. Stuhl nicht einfach abgelehnt habe. Er hat es nicht getan, weil er es nicht durfte. Wie das Ja des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz die Partei selbst zur Passivität verurteilte (380—395), und wie es die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz in den Ländern zwangsläufig zur Folge hatte, wie ferner die Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz die Haltung der deutschen Katholiken beeinflussen mußte, so konnte sich auch der Hl. Stuhl der Auswirkung beider Entscheidungen nicht entziehen. Ja, wenn die Berliner Regierung die Konkordatsvorschläge des Hl. Stuhles zurückgewiesen hätte; aber sie nahm sie fast widerspruchsfrei an. Diese ganzen Zusammenhänge sind zu wenig gesehen und verstanden worden.

Wir haben früher in dieser Zeitschrift<sup>6</sup> auf das Verhängnis hingewiesen, das eine Ablehnung des Konkordats von Seite des Hl. Stuhls für die Kirche und die Katholiken in Deutschland zur Folge gehabt hätte. Hitler brauchte nur den Vertragstext zu veröffentlichen mit der Erklärung, er sei bereit gewesen, dies alles der Kirche zu gewährleisten, aber der Hl. Stuhl habe ab-

<sup>5</sup> Das ergibt sich auch aus Kaas' Tagebuch 7.—20. April 1933.

<sup>6</sup> Pius XII +, 163 (1958/59) 96—97.



gelehnt, augenscheinlich aus keinem anderen Grund, als weil er sich in die politische Front gegen Deutschland einreihen wolle. Als Pius XI. März 1937 in der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ mit dem Nationalsozialismus vom religiösen und sittlichen Standpunkt aus scharf abrechnete, kam ihm die Tatsache des Konkordatsabschlusses sehr zustatten. Er konnte einleitend auf den guten Willen hinweisen, den der Hl. Stuhl durch den Vertragsabschluß gezeigt, dem aber die Gegenseite mit Vertragsbrüchen am laufenden Band geantwortet hatte. Bis 1937 waren aller Welt in Deutschland die Augen aufgegangen. Aber damals, 1933, hätte eine einseitige Kampfansage der Kirche aller Voraussicht nach verheerend gewirkt.

Es sind Frühjahr bis Sommer 1933 in Rom Männer von Urteil um ihre Meinung über das Konkordat angegangen worden. Wir können uns nicht erinnern, daß einer von ihnen dem Konkordatsabschluß widerraten hätte. Unter den Befragten war Constantin Noppel SJ, in jenen Jahren Rektor des „Germanicums“, des Deutsch-Ungarischen Kollegs. Alle, die ihn kannten, wissen, welch überzeugter Gegner des Nationalsozialismus er zeitlebens war. Doch auch er urteilte, der Hl. Stuhl könne ein solches Konkordat nicht ablehnen, ohne sich ins Unrecht zu setzen. Über die guten Wirkungen des Konkordats dachte man sehr nüchtern. Erzbischof Gröber von Freiburg, von der öffentlichen Meinung in Sachen Nationalsozialismus zu jener Zeit als Optimist gewertet, rechnete Juli 1933 kühl überlegend, das Konkordat gebe der Kirche in Deutschland wenigstens einige Monate Waffenstillstand.

Vor Pfingsten wurde der Konkordatstext den deutschen Bischöfen zur Begutachtung unterbreitet. Aus diesem Grund verlegten sie ihre jährliche Konferenz vor den herkömmlichen Termin (393<sup>56</sup>). Sie sprachen sich für Abschluß des Konkordats aus. Um es gleich anzufügen: Vor Ratifizierung des Vertrags im September befragte der Hl. Stuhl über den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, die Bischöfe von neuem, weil inzwischen feindselige Handlungen gegen die Kirche ihren Anfang genommen und in Rom Bedenken gegen die Ratifizierung geweckt hatten. Die Bischöfe waren für Ratifizierung.

6. Doch zurück zum Juni 1933. Am 29., am Fest Peter und Paul, präsentierte Herr von Papen seine Bevollmächtigung, die amtlichen Verhandlungen über das Konkordat aufzunehmen und zum Abschluß zu bringen. Der Abschluß erfolgte am 20. Juli.

In den ersten Julitagen hatte Erzbischof Gröber ein Telefongespräch mit Herrn Joos, der sich gerade in der Nähe von Basel aufhielt. In das Telefongespräch mischte sich Prälat Kaas ein und fragte Joos: „Habt ihr euch noch nicht aufgelöst?“ (398<sup>21</sup>). Von diesem Anruf des Prälaten ist viel Aufhebens gemacht worden. Er wurde in dem Sinn gedeutet, daß man im Vatikan zu dem guten Fortgang der Konkordatsverhandlungen die Auflösung des Zentrums erwarte. Die Deutung ist nicht zutreffend. Was Prälat Kaas angeht, so vermuten wir, daß er mit dem Anruf gar keine hintergründigen Absichten verfolgte. Im Juni hatte sich die DNVP aufgelöst. Das Zentrum war noch die



einzig überlebende der Weimarer Parteien. Kaas war zu klug, um nicht zu wissen, daß auch das Zentrum sich nicht mehr halten können. So wird seine Frage an Herrn Joos zu verstehen sein.

Was aber auch hier entscheidend ist: Kardinalstaatssekretär Pacelli hat jenen Anruf ganz sicher nicht veranlaßt<sup>7</sup>. Als wenige Tage später, am 5. Juli, die Selbstauflösung der Zentrumspartei erfolgte und der Kardinal sie aus der Presse erfuhr, äußerte er, wieder ganz unwillkürlich: Schade, daß es in diesem Augenblick gekommen ist. Gewiß, die Partei würde sich nicht mehr lange haben halten können. Hätte sie jedoch ihre Auflösung wenigstens bis nach dem Abschluß des Konkordats verschoben; die bloße Tatsache ihres Bestehens war für uns in den Verhandlungen immer noch von Nutzen. Ein Jahr später hat der Kardinal das, was er hier vertraulich äußerte, öffentlich bestätigt in einem Dementi<sup>8</sup>: zu Unrecht tauche immer und immer wieder das Gerücht auf, als ob der Vatikan im Reichskonkordat dem Verschwinden einer katholischen Partei zugestimmt habe. Sodann wird als einzige Stelle des RK, an der von politischen Parteien die Rede ist, Artikel 32 angeführt, in dem Geistliche und Ordensleute von der Mitgliedschaft und Tätigkeit in politischen Parteien ausgeschlossen werden<sup>9</sup>. Über das Ende des Zentrums wird anschließend ausdrücklich erklärt: „Die Auflösung des Zentrums, die noch vor der Unterzeichnung des Konkordats erfolgte, war nie Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Hl. Stuhl und der Reichsregierung. Der Hl. Stuhl hatte nicht das geringste mit ihr zu tun.“<sup>10</sup> Die Auflösung der Partei war bedingt nicht durch das RK, sondern durch die Lage in Deutschland (401<sup>40</sup>; 404<sup>60</sup>).

Rudolf Morsey faßt (411) zusammen: „Die Auflösung des Zentrums in Verbindung mit dem nahezu gleichzeitigen Abschluß des Reichskonkordates, das jegliche Opposition des katholischen Deutschlands gegen das NS-Regime vorerst unmöglich machte, war ein Meilenstein auf dem Wege der nationalsozialistischen Machtbefestigung.“ Zwischen der Auflösung des Zentrums und dem Abschluß des RK lagen immerhin noch zwei gute Wochen. Am 8. Juli ist nur paraphiert, erst am 20. Juli abschließend unterzeichnet worden. Worauf es aber ankommt: In dieser Zusammenfassung werden die Gewichte der Verantwortlichkeit falsch verteilt. Nicht das RK hat die Opposition gegen das NS-Regime von seiten der Katholiken unmöglich gemacht. Diese Verantwortung fällt auf das Ja zum Ermächtigungsgesetz und die Erklärung der Fuldaer Bischofskonferenz, die man in gewissem Sinn als die erste Folge jenes Ja bezeichnen kann. Vielleicht waren beide Stellungnahmen

<sup>7</sup> Wir sind unserer Sache so sicher, daß wir das Gesagte auch gegenüber dem Telegramm des Herrn von Papen an Außenminister von Neurath, 3. Juli, aufrecht halten (401<sup>40</sup>).

<sup>8</sup> *Osservatore Romano* Nr. 79, 1934 Apr. 6, pag. 2, col. 4, oben „A proposito di una leggenda“.

<sup>9</sup> Inhaltlich liegt der Artikel auf der Linie der heutigen Kirchendisziplin. Im übrigen vgl. Pius XII †, 97 und das Tagebuch von Kaas.

<sup>10</sup> „Lo scioglimento del Centro, che avvenne prima ancora della firma del Concordato, non fu mai oggetto di trattative fra la Santa Sede e il Governo del Reich. La Santa Sede vi rimase completamente estranea.“



nicht zu umgehen. Wir maßen uns darüber kein Urteil an. Nur machen wir darauf aufmerksam, daß das, was folgte, bis zum Abschluß des RK einschließlich, sich wie von selbst aus jenen beiden Entscheidungen ergeben hat. Doch verdankten die deutschen Katholiken gerade dem RK die Möglichkeit, auf einer anderen Ebene, jener der religiös-sittlichen Auseinandersetzung, den Kampf für ihre Weltanschauung wiederaufzunehmen. Man erinnere sich, um ein Beispiel anzuführen, an den Palmsonntag (21. März) 1937, an dem in allen Kirchen Deutschlands die Enzyklika Pius' XI. „Mit brennender Sorge“ verlesen wurde. Dies und so vieles andere war nur durch Konkordatsrecht möglich.

Man würde Kardinalstaatssekretär Pacelli, Papst Pius XII., Unrecht tun, wollte man ihm eine feindselige, ja auch nur ungute Einstellung gegen das Zentrum vorwerfen (379<sup>14</sup>). Völlig abwegig ist das Schlagwort, mit dem Bracher (398<sup>18</sup>) unsere Frage abtut: die Konkordatsverhandlungen seien ein „Dolchstoß in den Rücken der Zentrumspartei“ gewesen. Der von Morsey 379<sup>13</sup> angeführte vatikanische Prälat mag dem Schicksal des Zentrums mehr gleichgültig gegenübergestanden haben. Aber nicht so Kardinalstaatssekretär Pacelli, der vor 1930 in viele persönliche Beziehungen zu Männern des Zentrums und der BVP gekommen war. Die beiden Parteien bildeten ja auch immer sichere Stützen bei Abschluß der Länderkonkordate. Der Apostolische Nuntius und Kardinalstaatssekretär Pacelli war Diplomat, nicht Parteimann. Wir wagen aber zu behaupten, daß er in seiner Art dem Zentrum die Treue gehalten hat wie nur die Besten der Partei<sup>11</sup>.

Eines ist richtig an den Äußerungen jenes vatikanischen Prälaten: In Fällen wie dem Deutschlands im ersten Halbjahr 1933 ist für den Hl. Stuhl entscheidend die Sorge um die Kirche und die Katholiken in dem in Frage stehenden Land. Beginnend 1910 mit den Braganza in Portugal verschwand von den europäischen Dynastien eine nach der anderen bis zur Niederlage des Hauses Savoia in den Wahlen vom 2. Juni 1946, in denen das italienische Volk zwischen Monarchie und Republik zu entscheiden hatte. Unter den zu Fall gekommenen Dynastien waren solche wie Habsburg und Wittelsbach, die sich in den Jahrhunderten der Glaubenskämpfe höchste Verdienste um die Kirche erworben hatten. Man wollte es dem Hl. Stuhl nach dem Ersten

<sup>11</sup> Zu den bedeutsamen Ausführungen von Karl Buchheim, Warum das Zentrum unterging, in: *Hochland* Jg. 53, Okt. 1960, 15—27, die beiden letzten Seiten. Es ist nicht richtig, was Karl Schwend meint, man habe im Vatikan die damalige deutsche Lage zu optimistisch beurteilt. Wenn man schon wählen soll zwischen optimistisch und pessimistisch, dann, jedenfalls bei den verantwortlichen Männern, eher zu pessimistisch. Papst Pius XI. und Kardinalstaatssekretär Pacelli hatten die Führung der Kirchenpolitik fest in der Hand. Was die Wertung des Zentrums angeht, so war sie im Vatikan viel anerkennender, als Buchheim sie einschätzt. Zu dem über Italien Gesagten: Schon vor Benedikt XV. hat Pius X. (1903—1914) zur Teilnahme an den politischen Wahlen aufgefordert, aus der einfachen praktischen Erwägung, daß es sinnlos sei, die Massen der Katholiken zur politischen Teilnahmslosigkeit zu verurteilen und das Feld kampflos den Sozialisten zu überlassen. Giolitti hat einmal bemerkt, Pius X. habe Italien zweimal (in zwei Parlamentswahlen) vor dem Sozialismus gerettet. Eine eigene Partei der Katholiken bildete sich freilich erst unter Benedikt XV.



Weltkrieg verübeln, daß er sich mit den Nachfolgestaaten der alten österreichisch-ungarischen Monarchie so schnell abgefunden habe. Der Hl. Stuhl hat jedoch richtig gehandelt. Er hat nie eine Dynastie vertrieben. Wo aber Dynastien neuen Staatsformen den Platz räumen mußten, blieben die Kirche und die Katholiken im Land. Die Sorge um sie stand für den Papst an erster Stelle. Gefühlsmomente mußten da hinter vernünftigen und verantwortlichem Handeln zurückstehen.

Vom Verhältnis der katholischen Kirche, bzw. des Hl. Stuhles zu politischen Parteien ist dasselbe zu sagen. Der Hl. Stuhl hat in Italien 1929 den Partito Popolare nicht geopfert, um die Lateranverträge abschließen zu können. Herr Prälat Dr. Georg Schreiber muß einem Mißverständnis erlegen sein, wenn er schon zeitig warnend darauf hinwies, daß auch die Partei der italienischen Katholiken infolge der Lateranverträge habe verschwinden müssen. In Wirklichkeit hatte sich der Partito Popolare schon zwei Jahre vor Abschluß jener Verträge, am 25. Januar 1927, in seinem Wirken durch den faschistischen Staat unerträglich gedrosselt, von sich aus aufgelöst. Ihrem Fraktionsführer und Parteisekretär Alcide De Gasperi gab nach seiner zweieinhalbjährigen Haft 1929 der Vatikan Asyl und in der Biblioteca Vaticana eine Stelle als Sekretär, die er bis 1943, also bis zum Ende des Faschismus, innehatte. 1945 ist die Partei Don Sturzos als Democrazia Cristiana wieder auferstanden, und Alcide De Gasperi war der große Staatsmann Italiens in der Nachkriegszeit.

Ebensowenig hat der Hl. Stuhl das Zentrum dem Reichskonkordat „geopfert“. Wir glaubten zur Steuer der geschichtlichen Wahrheit dafür einstehen zu sollen, wenn auch die gegenteilige Behauptung schon weitverbreitete Legende geworden ist. Was Darstellungen wie die von Rudolf Morsey immerhin nur als Vermutung, freilich als sehr starke Vermutung durchscheinen lassen, ist in Wiedergaben der Tagespresse bereits zur feststehenden Tatsache geworden<sup>12</sup>. Es liegt in der unglaublichen Verwirrung der damaligen Vorgänge, daß ihre „Optik“ den Vermutungen Nahrung gab, und eine Anzahl der Mitspielenden hat den Schein absichtlich verstärkt. Am hemmungslosesten Adolf Hitler selbst (411). Er hat das Reichskonkordat als einen Sieg über das Zentrum gefeiert, wohl aus Vergeltungstrieb, der ja einer seiner Urtriebe war, dann um dem bitteren Unmut zu begegnen, mit dem die Massen seiner eigenen Partei das Konkordat aufnahmen; schließlich wissen wir nicht, ob Hitler über die Verhandlungen in Rom sachlich unterrichtet war und ob nicht andere die Idee des Konkordats als eines Sieges über das Zentrum in ihm weckten oder wach hielten. Wie dem auch sei, die „Optik“ entspricht nicht immer der Wirklichkeit, und in unserem Fall tut sie es sicher nicht.

Das Zentrum hatte eine ruhmreiche Vergangenheit. Gerade seiner Lei-

<sup>12</sup> Man lese Artikel wie den von Johannes Gross, Der politische Irrtum des Prälaten Kaas, Versagen und Untergang der alten Zentrumspartei, in: *Deutsche Zeitung* Nr. 247 von 1960 Okt. 22./23., 20, *Blg. Gegenwart und Geschichte*.



stung von 1918 bis 1933 brauchte es sich, aufs Ganze und Entscheidende gesehen, wahrlich nicht zu schämen. Wo es nun einmal — nicht durch die Schuld der „Kurie“, sondern durch die innerdeutsche Entwicklung — zum Erliegen verurteilt war, mußte die oberste kirchliche Leitung ihr Mögliches tun, um durch Verhandeln mit der neuen Regierung die Freiheit des katholischen Glaubens in Deutschland zu sichern. Die Regierung bot dem Hl. Stuhl ein Konkordat an, ja drängte es ihm so auf, daß er ohne Schaden für die katholische Sache nicht ablehnen konnte. So benützte er die auf völkerrechtlicher Ebene liegende feierliche Vereinbarung, um durch sie dem bonum commune, dem Allgemeinwohl der katholischen Kirche in Deutschland, eine neue Grundlage zu geben.

Am 26. Juli 1933, wenige Tage nach Unterzeichnung des RK, erschien im Osservatore Romano<sup>13</sup> ein Artikel: Randglossen zum Konkordat zwischen dem Hl. Stuhl und dem Deutschen Reich. In ihm wurde gegenüber schiefen Behauptungen in deutschen katholischen Blättern darauf hingewiesen, daß im RK nach seinem Wortlaut und Inhalt fast besser als in ähnlichen vertraglichen Regelungen die Rechte und die Freiheit der katholischen Kirche, die Bekenntnisfreiheit, die Freiheit der Glaubenslehre, der Verkündigung, der katholischen Schule und Erziehung gewährleistet seien. Der Artikel stammte aus der Feder von Kardinalstaatssekretär Pacelli selbst. Es kam nur darauf an, daß das Konkordat ehrlich ausgeführt wurde. Die Kraft freilich, die die Ausführung auf der Ebene des innerdeutschen politischen Spiels hätte erzwingen können und die in der Weimarer Ära dem für jede Regierungsbildung unentbehrlichen Zentrum bzw. der BVP innewohnte — diese politische Kraft war nicht mehr, und selbst wenn die beiden Parteien noch bestanden hätten, wären sie zur politischen Ohnmacht verurteilt gewesen.

## ZEITBERICHT

---

Geschichte an katholischen Schulen — Die Römische Warte  
Die kommunistische Gefahr in Italien

### *Geschichte an katholischen Schulen*

Vom 23. bis 26. Oktober fand in Würzburg eine Tagung der Geschichtslehrer statt, die an den katholischen freien (privaten) Schulen unterrichten. Schon lange war es der Wunsch der deutschen Bischöfe, die katholischen höheren Schulen möchten sich, ohne daß ihre Freiheit und Selbständigkeit begrenzt würde, zusammenschlie-

---

<sup>13</sup> Nr. 173, pag. 1, col. 4—5 „Ai margini del Concordato tra la Santa Sede e il Reich Germanico“.